



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2020

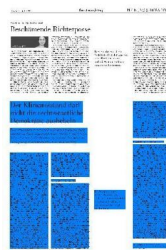
Der Klimanotstand darf die rechtsstaatliche Demokratie nicht aushebeln

Kley, Andreas

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-193811>
Newspaper Article
Published Version

Originally published at:

Kley, Andreas. Der Klimanotstand darf die rechtsstaatliche Demokratie nicht aushebeln. In: Neue Zürcher Zeitung, 24 July 2020, 7-8.



Der Klimanotstand darf nicht die rechtsstaatliche Demokratie aushebeln

Ressourcenprobleme lassen sich nicht durch Ankündigungen, sondern nur durch Massnahmen lösen. Hierfür braucht es eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung und eine demokratische Gesetzgebung. Gastkommentar von Andreas Kley

Politische Bewegungen fokussieren ein politisches Problem scharf, und sie sehen es in den Parteien zu wenig vertreten. Es ist nicht einfach, sich Gehör zu verschaffen und die Politik zu beeinflussen. Deshalb setzen Bewegungen als argumentative Verstärkung den «Notstand» ein. Das betreffende Problem ist nicht einfach ein Problem, das es zu lösen gilt. Vielmehr stellt es eine grosse Gefahr dar, die sofort und ohne Widerrede zu beseitigen ist. Es ist ein Notstand. Dieser wird ausgerufen, und das Notrecht beseitigt ihn sofort, ohne jahrelange Kompromissuche.

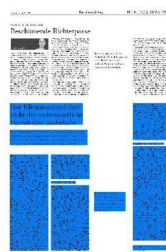
Die Notstand-Notrecht-Argumentation hat also Vorteile. Das betreffende Problem erhält in der politischen Agenda den obersten Platz, es wird schnell und tatsächlich in Angriff genommen. Die erkannten oder behaupteten Notstände haben eine unterschiedliche Qualität. Es gibt die harte Not aufgrund von Kriegen, Erdbeben oder gegenwärtig der Coronavirus-Pandemie. Der Tatbestand einer Notlage ist evident; die Massnahmen folgen unmittelbar und greifen gravierend in das Leben der Menschen ein. Der demokratische Rechtsstaat kommt mit den herkömmlichen Mitteln nicht gegen die Probleme an. Daher verzichtet das Parlament im «harten» Notstand auf seine Finanz- und Gesetzgebungskompetenzen und überträgt diese der Regierung. Sie kann ohne Debatten die dringlichen Massnahmen rasch treffen und so versuchen, der Probleme Herr zu werden. Die der Regierung erteilten Vollmachten haben eine einschneidende Konsequenz. Sie verwandeln die Demokratie für die Dauer des Notstands in eine Diktatur.

In den letzten Jahren haben politische Bewegungen eine andere Art von Notständen wie den Bil-

dungs- oder den Pflegenotstand erkannt und ausgerufen. Die Not ist «weich» und politisch verantwortet. Auch die Klimabewegung tritt für die Anerkennung des Notstands ein. Die Anhänger von Fridays for Future haben grosses Vertrauen in die Regierungen und fordern ein Vorgehen, das beim «harten» Notstand geboten ist. Sie wollen der Regierung Vollmachten erteilen. Verschiedene Kantone und Städte haben in den Monaten vor der Coronavirus-Pandemie den Klimanotstand ausgerufen. So kündigte etwa der Berner Grosse Rat am 3. Juni 2019 an, «das in seinem Einflussbereich Mögliche zu tun, um dem Klimawandel entgegenzutreten». Die blosser Ankündigung des möglichen Tuns zeigt paradoxerweise, dass das Handeln für das Berner Kantonsparlament nicht wirklich dringlich ist. Die mit «Notstand» überschriebenen Absichtserklärungen offenbaren den politischen Notstand, der darin besteht, dass kein Grund für einen sachlichen, eben «harten» Notstand vorliegt. Die Politik fürchtet Sachinhalte und tut so, als ob ein dringliches Problem zu lösen wäre. Sie erschöpft sich in Prozeduren und symbolischen Akten. Die Lösung des Sachproblems bleibt auf der Strecke.

Weitgehende Massnahmen

In der Diskussion um den von Fridays for Future erkannten Klimanotstand ist bisher ausser acht geblieben, dass die Schweiz während der beiden Weltkriege und in der Zwischenkriegszeit Erfahrungen mit einem «harten» Notstand, d. h. mit Vollmachten gemacht hat. Die Bundesversammlung räumte dem Bundesrat in der Zeit von 1914 bis 1952 immer wieder Vollmachten ein, um die durch den Krieg und die wirtschaftliche Not entstandene Lage zu kon-



trollieren. Die Massnahmen bezweckten den haushälterischen Umgang mit Ressourcen, sie schützten damit auch unbeabsichtigt die Umwelt. Die Versorgungsengpässe und die Blockade des internationalen Handels machten es nötig, sich an einer Kreislaufwirtschaft auszurichten. Das galt insbesondere im Zweiten Weltkrieg. Die Mustermesse Basel zeigte 1943 in der Ausstellung «Arbeit und Brot» die kriegswirtschaftlichen Grundsätze auf: «Samme! Altstoffe! Jede Haushaltung ist heute eine Quelle unentbehrlicher Rohstoffe.»

Der Bundesrat vollzog dank den Vollmachten ein Programm, das für den haushälterischen Umgang mit Energie, Rohstoffen und Lebensmitteln sorgte. Die verminderte Einfuhr von Öl, Kohle und Holz suchte der Bundesrat mit folgenden Einschränkungen auszugleichen: Nur an Samstagen durfte Warmwasser aus dem Wasserhahn fließen. Für öffentliche Räume und Gebäude wie Läden und Schulen bestand während der Schliessungszeit ein Heizverbot. Wohnungen durften auf nicht mehr als 18 °C beheizt werden. Mit dem Vorverschieben der Uhrzeit um 60 Minuten im Sommer sollte das

**Ein Notstand muss
von der Bevölkerung
breit anerkannt sein, damit
er mit einschneidenden
Massnahmen bekämpft
werden kann.**

Tageslicht besser ausgenutzt werden. Es bestand zunächst ein Sonntagsfahrverbot für private Fahrzeuge. Später führte die Rationierung aller Treibstoffe zum fast vollständigen Erliegen des privaten Automobilverkehrs. Die Versorgung mit Rohstoffen unterstützte der Bundesrat durch Kreislaufwirtschaft. In der Kanalisation schieden Einrichtungen die Abwasserfette zur Wiederverwertung von Fetten und Ölen aus. Die Bevölkerung musste zum Zweck der Rückgewinnung von Rohstoffen ausgebrannte Glühlampen, Altkleider, Papier und Karton, Öle, Gummi, Metalle, Schrott und Knochen sammeln. Die menschliche Arbeitskraft diente ebenfalls der Gewinnung und Schonung von Ressourcen. So bestand eine generelle Arbeitsdienstpflicht für alle Personen, die nicht in Armee und Staat dienten. Ferner reglementierte die Regierung die Ernährung der Bevölkerung.

Einschränkung oder Innovation?

Die Klimabewegung wie auch ihre Gegner dürften diese ressourcensparenden, aber einschneidenden Massnahmen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges ablehnen. Die heutige Politik begnügt sich mit Ankündigungen und beschreitet nicht den Weg der Einschränkung, sondern der technischen Innovation. So soll das batteriebetriebene Auto den gewohnten Individualverkehr weiterhin ermöglichen. Im Zweiten Weltkrieg waren die Behörden kritischer. Sie verboten die ressourcenverzehrende individuelle Mobilität generell. Deshalb unterlagen auch technische Innovationen, wie die durch Holzvergasung betriebenen Motorfahrzeuge, Beschränkungen. Die heutige Förderung der Elektroautos zieht den anderweitigen Energie- und Ressourcenverbrauch nicht in Betracht. Eine effektive Einsparung müsste deshalb – wie im Vollmachtenregime – den privaten Motorfahrzeugverkehr massiv einschränken oder verbieten. Das Vollmachtenregime des Zweiten Weltkrieges bietet konkretes Anschauungsmaterial, wie man die Klimaproblematik angehen könnte. Weitreichend war auch die Unterdrückung der privaten Kommunikation: 1940 verbot der Bundesrat den privaten Besitz von Fernmeldeeinrichtungen. In die Gegenwart übersetzt bedeutete dies, dass der Staat sämtliche Smartphones einsammelt. Mit Blick auf die Klimakrise wäre diese Massnahme ressourcenschonend, würde die Allgemeinheit aber hart treffen.

Der Notstand des Zweiten Weltkrieges lehrt erstens, dass drängende Ressourcenprobleme nicht durch Ankündigungen, sondern nur durch einschneidende Massnahmen zu lösen sind. Zweitens führen technische Innovationen nicht zur Einsparung von Ressourcen, sondern zu deren Ersatz durch andere knappe Ressourcen. Drittens zeigen der Zweite Weltkrieg wie auch das Coronavirus, dass der Notstand von der Bevölkerung breit anerkannt sein muss, damit er mit einschneidenden Massnahmen bekämpft werden kann. Derzeit bröckelt die Anerkennung des Corona-Notstandes. Dieser wird infolgedessen in die demokratische und rechtsstaatliche Gesetzgebung überführt. Der Klimawandel ist gegenwärtig kein harter Notstand im Sinn des letzten Weltkrieges oder des Coronavirus. Deshalb ist nur die rechtsstaatliche Demokratie befugt, sich dieser Sache anzunehmen.

Andreas Kley ist Professor für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich.